Abgeordnete kritisieren AfD-Anträge als islamophob

30. Januar 2021



Berlin (KNA) Bundestagsabgeordnete von Union, SPD, FDP, Linken und Grünen haben drei Anträge der AfD kritisiert, die sich mit der Bekämpfung von Kinderehen, Vielehen und weiblicher Genitalverstümmelung beschäftigen. In Deutschland seien diese Ehen sowie die Genitalverstümmelung verboten, sagte die Unionsabgeordnete Sylvia Pantel (CDU) am Freitag bei der Debatte. Die Anträge der AfD hülfen in der Sache nicht weiter. „Wir haben sinnvolle Gesetze." Der Bundestag hatte Gesetze dazu in den Jahren 2011 (Zwangsheirat), 2013 (Genitalverstümmelung) und Kinderehen (2017) verabschiedet.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier betonte, ausgerechnet die Partei, die Frauen muslimischen Glaubens pauschal als Kopftuchmädchen bezeichne, spiele sich auf als Frauenversteherin. Es sei der „leicht durchschaubare Versuch", dass die AfD-Fraktion versuche, „ihre Islamophobie und ihren Hang zur staatliche Kontrolle von Menschen nichtdeutscher Herkunft unter dem Denkmäntelchen von Frauenrechten zu verkaufen", so Breymaier.

© KNA

Beitragsbild: © Fionn Große

Stand: 13. November 2026